

Dokumentation der Veröffentlichungen zum Thema „Videoüberwachung des Denkmals für die Opfer des Nationalsozialismus in Ilmenau“

Presseinformation von Frank Kuschel (DIE LINKE) am 10.08.2007

Videoüberwachung ist Akt der Hilflosigkeit

„Das Filmen eines Denkmals mit der Hoffnung zu verbinden, künftig Beschädigungen, u.a. durch Neo-Nazis, begegnen zu können, ist nicht mehr als ein Akt der Hilflosigkeit und zeugt davon, dass der Ilmenauer Oberbürgermeister Seeber (CDU) im Grunde über kein Konzept im Umgang mit dem zunehmenden Rechtsextremismus verfügt“, erklärt der kommunalpolitische Sprecher der LINKEN im Thüringer Landtag, Frank Kuschel.

Rechtlich gesehen besteht für die Stadt Ilmenau zwar die Möglichkeit, bestimmte Orte und Plätze mit Videokameras zu überwachen, jedoch nur, wenn tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung entstehen. Wie darunter auch die Überwachung eines Denkmals fallen könne, erschließt sich dem Landes- und Kommunalpolitiker nicht. Selbst die Polizeiinspektion Arnstadt-Ilmenau habe schließlich mit den Äußerungen des stellvertretenden Leiters in dieser Woche deutlich gemacht, wie zweifelhaft der Erfolg dieses Aktionismus sei. „Herr Seeber irrt, wenn er der Auffassung ist, mit qualitativ schlechtem Bildmaterial nachträglich ermitteln zu können, wer das Denkmal für die Ilmenauer Opfer des Nationalsozialismus geschändet haben könnte. Er sollte vielmehr seine Blockade gegenüber der jahrelangen Forderung der LINKEN im Ilmenauer Stadtrat für ein Konzept zur Bekämpfung des Rechtsextremismus aufgeben“, fordert Kuschel.

Nach Auffassung des Landtagsabgeordneten stelle die Erklärung des Ilmenauer Stadtrates gegen die mögliche Schändung des Denkmals einen gut gemeinten Anfang dar; auch wenn die Gleichsetzung von Links und Rechts überflüssig wie ein Kropf sei. Der Ankündigung des Ilmenauer Oberbürgermeisters, den Stadtrat in die Beschlussfassung über eine mögliche Videoüberwachung des Wetzlarer Platzes einzubeziehen, seien bisher noch keine Taten gefolgt. „Eigenmächtig hat der Oberbürgermeister bereits Fakten geschaffen, indem er die Technik angeschafft hat und Dienstanweisungen für die Verwaltung schreiben lässt, obwohl bisher noch viel zu viele Fragen unbeantwortet geblieben sind“, so der Innenpolitiker.

Frank Kuschel informiert abschließend darüber, dass er zum Vorgang der angestrebten Videoüberwachung eine Landtagsanfrage an die Regierung gestellt hat.

VIDEOÜBERWACHUNG

FW 1k 14.08.07

Regierungs-Anfrage zum OB-Vorhaben

Als nicht nachvollziehbaren Schritt sieht Landtagsmitglied Frank Kuschel (Die Linke.) die geplante Videoüberwachung am Ilmenauer Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus.

ILMENAU/ERFURT – „Das Filmen eines Denkmals mit der Hoffnung zu verbinden, künftig Beschädigungen, u.a. durch Neonazis, begegnen zu können, ist nicht mehr als ein Akt der Hilflosigkeit und zeugt davon, dass der Ilmenauer Oberbürgermeister Seeber (CDU) im Grunde über kein Konzept im Umgang mit dem zunehmenden Rechtsextremismus verfügt“, erklärt der kommunalpolitische Sprecher von Die Linke. im Thüringer Landtag, Frank Kuschel in einer Pressemitteilung. Rechtlich gesehen bestehe für die Stadt Ilmenau zwar die Mög-

lichkeit, Plätze mit Videokameras zu überwachen, jedoch nur, wenn Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung entstehen, meint Kuschel weiter. Wie darunter die Überwachung eines Denkmals fallen könne, erschließe sich ihm nicht.

Der OB sollte vielmehr seine Blockade gegenüber der jahrelangen Forderung der Linken im Ilmenauer Stadtrat für ein Konzept zur Bekämpfung des Rechtsextremismus aufgeben, fordert Kuschel. Die Erklärung des Ilmenauer Stadtrates gegen die mögliche Schändung des Denkmals stelle einen gut gemeinten Anfang dar. Kuschel hat zum Vorgang der angestrebten Videoüberwachung eine Landtagsanfrage an die Regierung gestellt, wie er mitteilen lässt.

GLOSSE

Die Kritiker der Elche

VON VOLKER PÖHL

Auch das Sommerloch hat zwei Seiten: Einmal warten Redaktionen hungrig auf Nachrichten, auf der anderen sitzen Parlamentarier, die die Regierungsabwesenheit flugs zur Schlagzeilenproduktion nutzen. Frank Kuschel, für Die Linke im Thüringer Landtag, lässt bekanntlich dabei keine Möglichkeit aus. „Videoüberwachung ist Akt der Hilflosigkeit“, teilt Kuschel zur geplanten Überwachung des Ilmenauer Denkmals für die Opfer des Faschismus mit. Im gleichen Atemzug wird OB Gerd-Michael Seeber (CDU) von Kuschel unterstellt, „über kein Konzept im Umgang mit dem zunehmenden Rechtsextremismus zu verfügen“. Der Mann weiß explizit, wovon er spricht: Als bekennender Informeller Mitarbeiter (IM) des Ministe-

riums für Staatssicherheit der DDR hat er in verantwortlichen Positionen über Jahre Erfahrungen mit der Personenüberwachung. Merke: Die Kritiker der Elche waren früher selber welche! Wer Kuschels IM-Job nicht kennt, dem sei das Buch „Untergrund“ des sächsischen Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen, Michael Beileites, empfohlen. Darin beschreibt das Opfer, mit welcher perfiden Methoden er fotografiert, gefilmt und anderweitig überwacht wurde. Einer Beleidigung gleicht es, Ilmenau Hilflosigkeit gegen Neonazis vorzuwerfen. Erinnert sei an das Engagement Barbara Schramms und hunderter Ilmenauer anlässlich der Kaffeefahrt Rechter 2006. Vielleicht kollidiert Herr Kuschel mal mit einem Stolperstein in Ilmenau? Auch das wäre eine Schlagzeile wert!

Reaktion von Frank Kuschel (DIE LINKE) am 14.08.2007 an Freies Wort Ilmenau

Nicht jede Glosse trifft ihr Ziel!

Eigentlich sollen insbesondere Politiker Glossen nicht allzu ernst nehmen. In ihnen werden durch Journalisten Themen aufgegriffen und bewusst überspitzt kommentiert. Ich bin bekannter Maßen auch kein Kind von Traurigkeit. Ich teile kräftig aus und kann (muss) auch einstecken können.

Jedoch gibt es nach meiner Auffassung Themen, die sollten nicht durch eine Glosse kommentiert werden. Nicht, dass ich kein Vertrauen in die Öffentlichkeit hätte. Der Bürger weiß inzwischen, was er wie von welchem Journalisten zu halten hat. Vielmehr besteht die Gefahr, dass unerwünschte Kräfte ein glossiertes Thema für sich aufgreifen um daraus politisches Kapital zu schlagen. Ein solches Thema ist für mich die Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus.

Die netten Damen und Herren werden sich wieder einmal freuen, dass ein Journalist durch die Gleichsetzung von Faschismus und Realsozialismus in der DDR die Verbrechen des Dritten Reichs so schön relativiert und verharmlost. Glückwunsch! Und da ist es auch normal, die Wehrmacht während einer Gemeindefeier als schöne Erlebniswelt zu präsentieren. Mit dem Verweis auf die DDR und die STASI kann man natürlich jegliche Diskussion zu Fehlern und Fehlentwicklung der heutigen Demokratie abwirken. Dies führt dann wieder zu einer Meinungsbildung nach dem Grundsatz „die herrschende Meinung ist die Meinung der Herrschenden“. Dies ist zudem aus der Feder eines Journalisten, der bis 1989 bei einem Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) tätig war, besonders glaubwürdig. Gemessen an seinen eigenen Anspruch, STASI-Leute sollen ja nichts über heutige Überwachungspraktiken was sagen, dürfte er nicht einmal für das Werbeblatt eines Supermarktes was schreiben. Doch vielleicht geht eigene Geschichtsbewältigung eben nur auf Kosten anderer. Und um von sich abzulenken, es könnten doch unangenehme Fragen zum Früher gestellt werden, haut man immer wieder auf die gleiche Stelle bei anderen, es wird schon was haften bleiben und es bleibt.

Ach ja, und besagter Journalist hat sein Handwerk gelernt, nicht erst nach der Wende. Durch geschicktes Weglassen einzelner Passagen aus einer Pressemitteilung, natürlich aus Platzgründen für die Glosse, entstehen neue Aussagen. Beispiel gefällig? Ich schrieb: „Nach Auffassung des Landtagsabgeordneten stelle die Erklärung des Ilmenauer Stadtrates gegen die mögliche Schändung des Denkmals einen gut gemeinten Anfang dar; auch wenn die Gleichsetzung von Links und Rechts überflüssig wie ein Kropf sei.“ Der zweite Halbsatz, der meine Kritik an der Gleichsetzung zwischen Links- und Rechtsextremismus beinhaltet, wird mit journalistischer „Gründlichkeit“ gestrichen. Und schon bin ich auch ein Vertreter undifferenzierten Umgangs mit Extremismus.

Ach ja und es folgt noch das journalistische Highlight, wonach alles mit allem zusammenhängt oder so ähnlich. Vor 1989 wurde das Dialektik genannt, was der Journalist sicher noch weiß, aber verdrängt hat. Da bezeichne ich die geplante Videoüberwachung des Oberbürgermeisters als hilflosen Versuch gegen Rechtsextremismus vorzugehen. Was macht der gelernte Journalist daraus? Er erhebt den Vorwurf, ich hätte ganz Ilmenau und seine Bürger der Hilflosigkeit bezichtigt, auch im Zusammenhang mit der braunen Kaffeefahrt und der Stolpersteinaktion. Hier verlässt der Journalist die Grenze der Zulässigkeit einer Glosse und betreibt Verunglimpfung und Verleumdung, denn er kennt meine Aktivitäten gemeinsam mit vielen Bürgern in Thüringen gegen Rechts. Was für ein Held? Es darf nicht sein, was nicht in ein Weltbild passt. Gelernt ist eben gelernt.